



PRESSEMITTEILUNG

13.06.2009

LHG lehnt Bildungsstreik ab

Kommende Woche werden die deutschen Hochschulen von linken Studierenden und ihren Mitläufern bestreikt. Schüler und Lehrer, Studierende und Dozenten verbrüdernd sich, um gemeinsam für ein besseres Bildungssystem zu demonstrieren – so das Bild, das die Organisatoren des Bildungsstreiks ihrem Bündnis geben. Die Reaktion ist allenthalben wohlwollend, Kritikern werden Ideologie, Lagerdenken oder gar gegenläufige Interessen vorgeworfen. Der Bundesverband Liberaler Hochschulgruppen (LHG) findet die Aktion dennoch mehr als bedenklich.

Etwa ein Jahr ist es her, dass sich prominente Vertreter aus der Hochschulpolitik, darunter der Deutsche Hochschulverband, das Doktorandennetzwerk Thesis und das Deutsche Studentenwerk mit politischen Studentenorganisationen zur „Hochschulallianz“ zusammenschlossen. Ziel war ein gemeinsames, gesinnungsübergreifendes Vorgehen zur Verbesserung der Bildung an den Universitäten. Fzs, JuSos und CampusGrün boykottierten diesen Versuch konstruktiver Arbeit. Inspiriert durch den Schülerstreik im Spätjahr 2008, der mitunter zu Verwüstungen an der Humboldt-Universität Berlin führte, schlossen sich ebendiese nunmehr mit Organisationen, wie der „Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend“, „Geblockt“, „Assoziation Marxistischer Studentinnen“, „haltsmaulnazi“, „Revolution – communist youth movement“ oder der „Widerstandsgruppe Worms-Wonnegau“ zusammen, um einen Bildungsstreik zu initiieren. Konzept: Form vor Inhalt, Aktion vor Idee.

Dem stellt der Bundesverband Liberaler Hochschulgruppen inhaltliche Konzepte entgegen, die der Verbesserung der Bildung tatsächlich zuträglich sind und auf dezidierten Überlegungen fußen, nicht auf Ideologie und Protestkultur:

„Wo die Linken ihre Prioritäten jeden Tag anders setzen, das Geld ihrer Mitmenschen mal für Mindestlöhne, mal für Steinkohle, dann wieder für Windräder oder Kinderbetreuung ausgeben wollen, setzt der Bundesverband Liberaler Hochschulgruppen klar auf eng beschränkte Staatsaufgaben – und zu diesen gehört vornehmlich die Bildung“, so Johannes Knewitz, Bundesvorsitzender des LHG, zur Hochschulfinanzierung. Anders als die linken Aktivisten, nennt Knewitz auch Posten, wo die zusätzlichen Mittel herkommen sollen: „Das Geld, das jedes Jahr in großen Summen vom Steuerzahler an den Staat fließt, muss endlich zielgerichtet ausgegeben werden. Statt mit aufgeblähten Verwaltungsapparaten einen archaischen Status Quo im System der Umverteilung nach politischem Einfluss zu verwalten, sollten die Hochschulen ausreichend Eigenmittel für eine selbständige und effiziente Bewältigung ihrer täglich neuen Herausforderungen bekommen. Statt über seine Sozialkassen und die ausufernde Sozialbürokratie für mangelnde Bildungsinvestitionen in der Vergangenheit zu büßen, sollte der Staat in der Gegenwart in ausreichende und hochwertige Studienplätze investieren, um sich und seinen Bürgern derartiges Leid in Zukunft zu ersparen! Subventionen in fossile Rohstoffe und Industrien manifestieren die Relikte vergangener Zeiten, Investitionen in Bildung würden die Säulen der Zukunft fundamentieren.“

Verantwortlich i.S.d.P.:

Johannes Knewitz, Vorsitzender

Tel: 06131-5860560 Mobil: 0163-1384796 ; eMail: knewitz@bundes-lhg.de

Auch die Ausgestaltung der neuen Studiengänge sieht Knewitz kritisch, fordert aber: *„Wir dürfen bei den Bologna-Reformen nicht auf zwei Dritteln des Weges stehen bleiben. Der Ansatz eines Studiums in zwei Zyklen ist richtig und steht einer sehr guten universitären Bildung nicht im Wege, ermöglicht aber gleichzeitig auch viele unterschiedliche Bildungsbiographien. Was zur Zeit vor allem fehlt, ist eine sinnvolle Ausgestaltung der Curricula an den Universitäten und eine Flexibilisierung der starren Strukturen der jeweiligen Studiengänge, inklusive der flächendeckenden Einführung von Teilzeitstudienangeboten. Eine Umkehr im Bologna-Prozess, wie die ‚Bildungsstreiker‘ sie fordern, würde zum vollkommenen Chaos führen.“*

Statt reaktionär und zukunftsängstlich nach einer zum Ideal stilisierten deutschen Universität der Vergangenheit zu rufen, haben die Liberalen Hochschulgruppen einen internationalen Hochschulraum der Zukunft vor Augen. *„Für uns ist die beste Hochschule die, die frei von staatlichen Zwängen, lediglich an die Gesetze der akademischen Freiheiten und die selbst geschlossenen Zielvereinbarungen gebunden, den künftigen Trägern unserer Gesellschaft eine ihren Ansprüchen entsprechende Bildung ermöglicht.“*; resümiert Knewitz.

Für Rückfragen stehe ich gerne zur Verfügung, sie erreichen mich

per Email unter	knewitz@bundes-lhg.de
telefonisch unter	06131 / 586 05 60
mobil unter	0163 / 138 47 96

Der Bundesverband Liberaler Hochschulgruppen e.V. vertritt Ortsgruppen an über 60 Hochschulstandorten bundesweit gegenüber Politik und Öffentlichkeit.